

Rheinische Post vom 30.09.2016, S. 1

NRW schont abgelehnte Asylbewerber

Drei Viertel der ausreisepflichtigen Flüchtlinge dürfen trotzdem weiter im Land leben.

VON THOMAS REISENER

DÜSSELDORF Von den Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen, die keinen Anspruch auf Asyl haben, werden trotzdem drei Viertel im Land geduldet. Das geht aus neuen Daten des Ausländerzentralregisters hervor, die unserer Redaktion vorliegen: Ende August wurden bundesweit 158.190 Flüchtlinge geduldet, wovon 29 Prozent (45.436) in NRW leben. NRW duldet so viele Flüchtlinge wie Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zusammen.

Die Gründe sind unterschiedlich. Gesundheitliche und soziale Aspekte spielen oft eine Rolle. Sowohl NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) als auch andere Mitglieder der Landesregierung betonen aber regelmäßig die nordafrikanische

Herkunft als Grund, warum abgelehnte Asylbewerber aus NRW nicht in ihre Heimat zurückgeschickt werden können: Marokko, Algerien und Tunesien sperren sich oft gegen die Rücknahme.

Doch der Blick in die amtlichen Daten belegt, dass diese Begründung nur für einen kleinen Teil der in NRW geduldeten Flüchtlinge gelten kann. Die Gruppe der Ausreisepflichtigen aus den sogenannten Maghreb-Staaten macht nur fünf Prozent aller Ausreisepflichtigen und Geduldeten aus. Die meisten in NRW Geduldeten kommen aus sicheren Herkunftsländern wie Serbien (7417), Albanien (4551), Kosovo (4341), Maze-

donien (4293) und Bosnien-Herzegowina (1822). Bei diesen Balkan-Herkunftsländern liegt die Duldungsquote – mit Ausnahme des Kosovo – sogar noch über dem Landesdurchschnitt

von 77 Prozent. Insgesamt machen die Staaten des Westbalkans mit mehr als 22.000 Duldungen fast die Hälfte

aller Duldungsfälle in NRW aus.

Die großzügige Duldung spiegelt sich auch in der weniger restriktiven Abschiebep Praxis. Obwohl in Nordrhein-Westfalen rund 28 Prozent aller bundesweiten Ausreisepflichtigen entstehen, werden hier nur 18 Prozent aller bundesweiten Abschiebungen durchgeführt.

„Wir setzen vor allem auf die freiwillige Ausreise“

Ralf Jäger (SPD)
NRW-Innenminister

Jäger bestreitet, dass NRW überproportional viele Flüchtlinge duldet. Er hält dem Vorwurf einen Erfolg an anderer Stelle gegenüber: „Wir setzen vor allem auf die freiwillige Ausreise. Gegenüber dem Vorjahr werden wir die Zahl der freiwilligen Ausreisen um über 200 Prozent steigern“, erklärte er.

Der CDU-Fraktionsvize im Landtag, André Kuper, sagte: „Die neuesten Zahlen belegen, dass Rot-Grün immer noch nicht die Notwendigkeit einer konsequenten Rückführungspolitik verstanden hat.“ Das bedrohe die Akzeptanz des Asylrechts in Deutschland. Die schleppe Abschiebung in Nordrhein-Westfalen sei „ein hausgemachtes Defizit“, mit dem das Land die Kommunen im Stich lasse.

Leitartikel Seite A 2

Asylrecht ohne Folgen

VON THOMAS REISENER

Die Abschiebung nach einem abgelehnten Asylantrag darf kein Automatismus sein. Es gibt viele humanitäre Gründe wie Krankheit, die dazu führen, dass einem Flüchtling trotzdem der Aufenthalt in Deutschland ermöglicht werden sollte. Aber das muss die Ausnahme sein. In NRW ist es jedoch die Regel: Drei Viertel aller Flüchtlinge, die keinen Asylanspruch nachweisen können, werden in NRW trotzdem geduldet.

Das ist zuviel. Damit untergräbt die rot-grüne Landesregierung die Akzeptanz des Asylrechts. Wenn die amtliche Prüfung des Asylanspruchs kaum eine Rolle spielt, weil eine Ablehnung ohnehin keine Folgen hat, wird das ganze Verfahren unglaubwürdig.

Das kann auch nicht im Interesse der Flüchtlinge sein. Das Asyl, das Deutschland richtigerweise etwa politisch Verfolgten und Bedrohten gewährt, ist kein Almosen und kein Ergebnis von Willkür. Es ist ein Rechtsanspruch der Verfolgten. Und diese tatsächlich Verfolgten haben einen Anspruch darauf, nicht mit jenen in einen Topf geworfen zu werden, die Gründe für diesen Anspruch nur vorgaukeln.